sozialdemokratischen Arbeiter, gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Diktatur des Großkapitals, gegen das Brüning-System der Notverordnungen und des Lohnabbaues, aufzunehmen.

Die sozialdemokratischen Führer sehen diese Entwicklung. Sie sehen wie ihre Massenbasis immer enger wird, wie keinerlei taktische Manöver des Massenbetrugs diese Entwicklung aufhalten kann. Aber sie wären nicht die Arbeiterverräter, die sie in Wirklichkeit sind, wenn sie aufhören würden, ihr verbrecherisches Spiel fortzusetzen.

Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der SPD. haben am Dienstag dieser Woche getagt. Beide Körperschaften, die die Politik der SPD. bestimmen, waren auf Grund der Lage gezwungen, ein neues Manöver zu ersinnen, um ihre wirkliche Politik vor den Massen zu verschleiern. Das neueste Manöver kommt in dem Beschluß der beiden Körperschaften dadurch zum Ausdruck, daß sie von der Brüningregierung „fordern", daß sie eine „entschiedenere Haltung" gegen den Faschismus einnehmen möge, daß die Brüningregierung den Preisabbau, den Abbau von Hochschutzzöllen für Lebensmittel usw. durchführe, daß sie auf den Abbau der Löhne und Gehälter verzichte und den Erwerbslosen helfe. Die sozialdemokratischen Führer erklären, daß sie ihre Stellungnahme davon abhängig machen werden, ob die Brüningregierung in ihrer nächsten Notverordnung diese Forderungen berücksichtige oder nicht. Das erklären dieselben Leute, die bei der Ausarbeitung auch dieser Notverordnungen mitgeholfen haben, die morgen, wenn die Notverordnungen in Kraft treten, sie als Minister in Preußen, als Regierungs- und Polizeipräsidenten, als Bürgermeister, Arbeitsamtdirektor usw. durchführen werden.

Ist es nicht klar, daß die kommende Notverordnung der Brüningregierung der Arbeiterklasse keine Erleichterung, sondern eine Verschlechterung ihrer Lage bringen wird. Ist es nicht klar, daß mit „radikalen" Redensarten, mit „Drohungen", man werde Stellung nehmen, wenn der Inhalt der Notverordnungen vorliegt, kein Kampf gegen die Brüningregierung geführt wird, daß die sozialdemokratischen Führer damit nur ablenken wollen von der Tatsache, daß sie ein Teil des Brüningsystems sind, daß ohne ihre Unterstützung es der Brüningregierung und damit der Bourgeoisie es unmöglich wäre, die Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes durchzuführen.

Selbst wenn die sozialdemokratischen Führer angesichts der weiteren Entwicklung der Schwächung ihrer Massenbasis aus „taktischen" Gründen es für zweckmäßig halten sollten „Opposition" gegen die Brüningregierung zu machen (was vor allem im Hinblick auf die Tatsache möglich ist, daß in einigen Monaten die Wahlen zum Preußischen Landtag stattfinden und sie ihre Position „verbessern" wollen), wird die Funktion und Rolle der Sozialdemokratischen Partei in dem System des Faschismus keine andere als bisher. Die sozialdemokratischen Führer versuchen damit nur die Methoden des Arbeiterbetrugs zu verfeinern.

Was kann die einzig mögliche Grundlage der Opposition und des Kampfes gegen das Brüningsystem sein? Die Klassenforderungen des Proletariats! Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Lohnraub in der Form des Streiks der Arbeiter, wo sie vom Lohnraub bedroht werden. Die Massenaktionen des Proletariats, der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der anderen sozialen Einrichtungen. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit des Proletariats. Der Kampf für die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Aber können die sozialdemokratischen Führer in einer Kampffront stehen, deren Ziele diese Forderungen sind? Sie sind zum Teil leitende Funktionäre des Staatsapparates, der alle notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung und Sicherung der kapitalistischen Herrschaft gegen die Arbeiterklasse durchführt. Es ist unmöglich, daß sie einen Kampf gegen sich selber führen können. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die Braun-Severing-Graßmann usw. „Opposition" gegen sich selbst machen, wie sie gegen sich selbst „kämpfen", um das Lächerliche und Betrügerische des neuesten Beschlusses der SPD. zu erkennen.

Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Schichten des arbeitenden Volkes gegen die Diktatur des Großkapitals, gegen die immer brutaler werdende Massenbelastung kann nichts anderes sein, als auch zugleich ein Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer. Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialdemokratischen Partei bei gleichzeitiger Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Klassenkampfes ist darum eine der ersten Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Kampfe gegen das Brüningsystem.

Warum ist Dresden „zahlungsunfähig"

Die Banken fressen die Werke! Die Mittelständler sollen verhungern! Unsere Lösung: Rotes Selbsthilfeprogramm! Einzeichnung in die Listen des roten Volksbegehrens

Wir brachten gestern die Mitteilung der „Sächsischen Staatszeitung", wonach die Stadt Dresden die fälligen Zinsen für die städtischen Anleihen nicht bezahlen konnte. Dazu wird uns von gut informierter Seite folgendes geschrieben:

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat schon anläßlich der Haushaltplanberatungen und insbesondere bei der Einreichung des roten Selbsthilfeprogramms aufgezeigt, wo und wie die fehlenden Mittel aufgebracht werden können, ohne die breite Masse der werktätigen Bevölkerung zu belasten. Wären die **hohen Vermögen und Einkommen** einschließlich der in Dresden vorhandenen 39 Millionäre nach den Vorschlägen der KPD besteuert worden, dann hätten allein diese Maßnahmen eine **Mehreinnahme von 53 Millionen Mark** erbracht.

Ebenso könnte bei den Gehältern der hohen Beamten gespart werden. Dresden hat über 1000 Beamte — Beamte mit einem Einkommen von mehr als 6000 Mark jährlich. Aber solche Maßnahmen wollen weder der Rat noch die Stadtverordneten. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Nazis und der SPD, haben die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Dafür kürzt man aber die Löhne der Gemeindearbeiter und unteren Beamten und verfügt Entlassungen und Zwangspensionierungen.

Besonders kraß wirken sich die Sparmaßnahmen des Rates auf die Ruheständler der Stadt aus. So brachte der „Dresdner Anzeiger" vom 1. Dezember die Meldung, daß die **Versorgungsgebührnisse für städtische Ruheständler um 1. Dezember noch nicht ausgezahlt werden konnten.** Weitere Mitteilung darüber, wenn die Zahlung erfolgt, wird nicht gemacht.

Nach der Mitteilung des „Dresdner Anzeigers" handelt es sich hierbei um städtische Arbeiter und deren Hinterbliebene.

Während ihrer Beschäftigung bei der Stadt sind diesen Arbeitern 2½ Prozent vom Lohn als Ruhelohnbeiträge abgezogen worden. Trotz dieses Abzuges, der den Arbeitern einen **Rechtsanspruch** gibt, wird ihnen die Auszahlung vorenthalten.

Bei den geringen Monatsrenten, die dabei in Frage kommen (bei der Mehrzahl der davon Betroffenen ist der Ruhelohn nicht viel höher als die Altersrente aus der Reichsversicherung), bedeutet die Nichtauszahlung für die davon Betroffenen völlige Mittellosigkeit, also Hunger!

Wenn ein Privatunternehmer so verfahren würde, wü[illegible] man von **Unterschlagung** reden. Unmittelbar drängt sich [illegible] die Frage auf, ob z. B. der frühere Oberbürgermeister [illegible] Blüher von seinem 24 000 Mark jährlichen Wartegeld für [illegible] Monat auch noch nichts erhalten hat. . . . Die Bevölker[illegible] sagt mit Recht: Keinen Pfennig an diese Großpensionäre, „Ruheständler", solange den Arbeitern und unteren Beam[illegible] gegenüber nicht restlos die ohnehin erbärmlichen Versprechu[illegible] gen erfüllt sind.

Gerade hier erweist sich die Berechtigung der KPD-Forderung auf Festsetzung der Höchstgrenze von 6000 Mark für [illegible] hälter.

Das Spardirektorium Külz—Bührer—Leske hat natürl[illegible] alle Hände voll zu tun, um den Willen der herrschenden K[illegible] zu erfüllen. Deshalb nimmt man unten, um nach oben [illegible] zu können.

Doch diese Vorkommnisse haben noch eine andere Bedeu[illegible] Wir haben schon im „Volksecho" vom 28. November in e[illegible] Artikel mit der Ueberschrift:

„Die Banken wollen die Dresdner Werke fressen", darauf hingewiesen. Jetzt zeigt sich, wie recht wir hatten.

Die „Zahlungsunfähigkeit der Stadt Dresden" gibt [illegible] den Banken die Möglichkeit, die Werke mit Beschlag zu bel[illegible] Rat und Banken werfen sich hierbei die Bälle zu. Die SPD [illegible] dabei die Aufgabe, diese Tatsachen vor der Arbeiterschaft zu [illegible] schleiern.

Bei der Umwandlung der städtischen Betriebe in eine [illegible] sagte die SPD: Es bleibt alles beim alten! Jetzt trifft ein, [illegible] die Kommunisten damals gesagt haben. Die Werke sollen [illegible] in Privatbesitz übergehen. Alle diese Tatsachen stehen im [illegible] sammenhang mit der Notverordnungspolitik der Brüning-[illegible] Schiedregierung.

Gerade dieses Beispiel zeigt der arbeitenden Bevölk[illegible] die Notwendigkeit des Kampfes um das rote Selbsthilfe[illegible] gramm der Werktätigen! Diese Kampfbereitschaft gilt es [illegible] zu demonstrieren durch Einzeichnung in die Listen zum [illegible] Volksbegehren!

Vormarsch im roten Volksbegehren!

Die Tatsachen entlarven die Hetze der SPD-Presse

Der Kampf um das Volksbegehren hat auf der ganzen Linie begonnen. Im gesamten Bezirk sind nunmehr alle Organisationsleitungen mit einer Begeisterung bei der Arbeit, die garantiert, daß wir in dieser Kampagne einen entscheidenden Schritt vorwärts kommen, selbst in den kleinsten Orten zeigt sich unser Vormarsch. Der Instruktor 20 aus dem UB Dresden sendet uns folgenden Bericht:

„Versammlungen: 8. 11. zentrale Kundgebung in Schönfeld Anwesend rund 160 Personen. Eintritte 1 KPD, 1 Kampfbund. Am 21. 11. in Reitzendorf 36 Personen, Malschendorf 40 Personen Eschdorf 40 Personen. Thema: Bauernschaft und Volksbegehren. In Zaschendorf eine Naziversammlung mit 40 Besuchern. Unser Gegenreferent hat bei 1 Stunde Redezeit für das rote Volksbegehren gesprochen. Für den Naziredner gab es kein Volksbegehren in Sachsen. Am 24. 11. in Rockau, 27. in Wachwitz, 25. 11. JB-Versammlung in Weißig, am 26. Einwohnerversammlung in Weißig, Kampfbundversammlung in Loschwitz, am 28. 11. Pillnitz. Organisiert sind noch weitere Versammlungen.

Die Ortsgruppenleitung Penig sagt in ihrem Bericht:

Im übrigen geht die gesamte Arbeit gut vorwärts. Die Mitglieder der Partei stehen alle ihren Mann. Am 29. zum Werbetag ist in Penig folgendes Ergebnis: Gesammelt 90 Mark [illegible] samt-Soll 130 Mark) Litumsatz 60 Mark, Parteiaufnahme [illegible] Abonnenten für die Zeitung 10.

Kurz und bündig schreibt ein Genosse aus Burgstädt. [illegible] Wort zuviel aber jeder sieht, daß die dortige Organisation [illegible] matisch an die Arbeit geht:

Anbei die Empfangsbestätigungen für die Einzeichnungslisten. Gleichzeitig ein kurzer Bericht über die Tätigkeit in dieser Richtung. Wir haben in allen Orten unseres Gebietes [illegible] Versammlung zum Volksbegehren organisiert. Sie sind [illegible] größten Teil schon durchgeführt. Die Versammlungen [illegible] soweit ich es bisher übersehen kann, zu klappen. In Erwerbslosenversammlungen ist zum Volksbegehren Stellung genommen worden. Einige Begrüßungsresolutionen sind der Presse [illegible] geben und zum Abdruck gelangt. In Göppersdorf ist Demonstration zum Volksbegehren. Die Betriebe haben wir, [illegible] es möglich war, bearbeitet. Betrieb L., Versammlung [illegible] geführt und Begrüßungsschreiben bereits in der Presse [illegible] fentlicht. Betriebszeitungen in Vorbereitung. Ziel ist [illegible] Parteizelle. RGO-Gruppe besteht. Betrieb W., Burgstädt [illegible] triebszeitung verteilt. Sonnabend Betriebsversammlung [illegible] Betrieb Köhle entläßt etwa 420 Arbeiter. Morgen mit Ei[illegible] Betriebsversammlung. Bei diesen Buden ist vor 7 Tagen bereits eine Versammlung durchgeführt worden. Andere Betriebe werden laufend bearbeitet. Betriebszeitungen sind in Arbeit.

Diese Einzelberichte sprechen eine deutliche Sprache. [illegible] liegen keinerlei amtliche Zahlen vom Ergebnis des ersten Tages der Einzeichnung vor, aber die Sammelergebnisse in allen Gebieten sind schon ein Beweis für die begeisterten Aufgaben [illegible] kommunistischen Volksbegehrens bei den Massen. Wenn [illegible] sich das herrschende Massenelend in den Arbeiterquartieren [illegible] Augen hält und dann die Zahlen der Sammlung vergleicht, [illegible] erkennt man den Opfermut, dessen die Masse fähig ist, wenn [illegible] ihren Kampfwillen und ihr Klassenbewußtsein weckt. Diese großen Aufgabe dient auch das Volksbegehren.

Die vorliegenden Berichte zerschlagen auch die Dem[illegible] manöver der Volkszeitungshetze, die gestern unter der Überschrift: „Die Einheitsfront der Lügenbolde" einen erneuten Belastungsangriff für Schieck unternimmt. Jetzt versucht man, [illegible] SPD-Arbeitern zu erzählen, die Nazis „führten" das Volksbegehren.

So dient man den Nazis und ihrem demagogischen [illegible] klammerungsversuch, um die KPD zu verleumden. Dabei [illegible] fest, die KPD führt in allen Orten die rote Versammlung [illegible] die gesamte sächsische KPD-Presse steht im Zeichen der [illegible] pagne. Die Nazis, die jeden Tanzabend groß plakatieren [illegible] noch nicht ein Plakat für das Volksbegehren herausgebr[illegible] Konzerte und andere „deutsche" Rummel werden von [illegible] durchgeführt, aber keine Versammlungskampagne. Ihre „Pr[illegible] propaganda" beschränkt sich auf ein paar Schlagzeilen und ein Artikelchen, an der Spitze ihrer Presse wird diskutiert, ob, [illegible] und wie man mit dem Zentrum, dem Busenfreund der SPD, Führer in Regierungsgeschäften machen kann. Und das wagt [illegible] SPD-Presse umzulügen, indem sie die Nazi-Führer als „[illegible] Anhänger" des Volksbegehrens hinzustellen versucht. [illegible] Mutschmann erhält so von der SPD-Presse das Alibi, das [illegible] fehlt. Aber nicht vor den Arbeitermassen. Diese wissen, [illegible] es ein rotes Volksbegehren ist, zu dem die KPD aufruft. [illegible] Arbeiter wissen auch, daß es in dieser Kampagne gilt, mit [illegible] Massenmobilisierung gegen Not und Reaktion auch die Mittelschichten dem Demagogenschwall der Nazis zu entreißen [illegible] den Frontalangriff auf die „nationale Regierung Sachsens" [illegible] das Schieck-Kabinett vom Stahlhelmer Dieckmann genannt wird. Das sind die Tatsachen. Und diese Tatsachen triumphieren über Sabotage und Hetze. Die Massen folgen der Losung [illegible] roten Volksbegehrens, weil sie wissen, daß die Kommunisten [illegible] führen und daß deshalb das Volksbegehren den Interessen der Masse des arbeitenden Volkes dient.

Berichtigung. In unserem gestrigen Artikel „Kampf [illegible] wieder bezogen", hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Auf [illegible] 2. Seite, 2. Spalte, muß es in dem Absatz „Im antifaschistischen Massenkampf" heißen: „Die Einheitsfront ist im Entstehen [illegible] und die jetzt glutvolle Wirklichkeit wird unter dem Tr[illegible] der antifaschistischen Massenmobilisierung durch die [illegible] näre Führung der arbeitenden Massen, die KPD".

„Ein Hohn auf die Interessen der Arbeiterklasse"

Die Schimpferei der SPD-Presse über Thälmanns Appell am Pranger

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht eine lange Erklärung des SPD-Pressedienstes gegen den Einheitsfront-Appell der Kommunistischen Partei und den Artikel des Genossen Thälmann. Da die SPD keine sachlichen Argumente anzuführen hat, ergeht sich in wüsten Beschimpfungen. Als Antwort auf das dumme Gekeife begnügen wir uns mit einigen Feststellungen.

Genosse Thälmann schrieb: „Wir fordern nicht von den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln . . . und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen."

Das nennt die SPD-Presse einen „Hohn auf die Interessen der Arbeiterklasse".

Genosse Thälmann schrieb: „Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Notverordnungs- und Diktaturpolitik der Bourgeoisie der Brüning-Braun-Severing-Regierungen aufzunehmen, mit dem wollen wir Schulter an Schulter zusammenstehen."

Die SPD-Presse nennt das „Zerschlagung der Einheit der Arbeiterklasse."

Genosse Thälmann schrieb: „Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Selbstschutz der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen faschistischen Terror durchzuführen, mit dem wollen wir zusammengehen!"

Die SPD-Presse nennt das „ein Konzentrationsprodukt der Wahnsinnstaktik eines Heinz Neumann."

Sozialdemokratische Arbeiter, was sagt ihr dazu?

KPD-Antrag auf 5000 M Höchstgrenze für Pensionierung abgelehnt

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Meldung.)

Im Haushaltausschuß des Reichstages ist am Dienstag die erste Lesung des Pensionskürzungsgesetzes beendet worden. Genosse Torgler begründete ausführlich einen kommunistischen Antrag, der die Festsetzung einer Höchstgrenze von 5000 RM jährlich fordert. Aber der kommunistische Antrag wurde abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, dem nach Ablehnung ihres Antrages auch die Kommunisten zustimmten, wonach die Höchstpensionsgrenze jährlich 12 000 RM betragen soll.

SPD-Arbeiter als Vorsitzender des Volksbegehrenskomitees!

Wie unser Chemnitzer Bruderblatt „Der Kämpfer" meldet, wurde in Harthau ein rotes Volksbegehrenkomitee gebildet, zu dem aus Erwerbslosen-, RGO-, Mieter-, Turnvereins-, Betriebs-, JB- und Jugendversammlungen Delegierte gewählt wurden. Politisch setzt sich das Komitee wie folgt zusammen: 6 Parteilose, 1 parteilose Frau, 1 Sozialdemokrat, 5 KPD-Mitglieder. Vorsitzender des Komitees ist der sozialdemokratische Genosse. Das ist die deutlichste Antwort auf die verlogene Hetze der SPD-Führer gegen das rote Volksbegehren!

Streikwille verhindert Lohnraub!

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Meldung.)

In der Maschinenfabrik Karbeck erklärte die Direktion einen Lohnabbau. Der rote Arbeiterrat berief sofort eine Versammlung ein, in der beschlossen wurde, keinen Pfennig Lohnabbau zu dulden. Die Direktion zog darauf ihre Verordnung wieder zurück.

Neuer Lohnraub bei den Ruhrkumpels

Essen, 3. Dezember. (Eig. Meldung.)

Trotz der Verlängerung des Lohntarifs bis zum 31. Dezember bei den Bergarbeitern, tritt am 1. Dezember schon ein Lohnraub von 3¼ Prozent ein. Das kommt daher, weil der am 1. Oktober in Höhe von 7 Prozent ausgesprochene Lohnraub durch eine Notverordnung auf 3¾ Prozent ermäßigt wurde. Diese Notverordnung sah vor, daß die Beitragszahlungen an die Sozialversicherung in Höhe von 3¼ Prozent von den Untertagearbeitern nicht zu zahlen seien. Diese Notverordnung ist am 1. Dezember abgelaufen und wurde nicht verlängert, so daß automatisch die 3¼ Prozent für die Arbeitslosenversicherung wieder von den Arbeitern zu tragen sind, was einem Lohnabbau von 3¼ Prozent gleichkommt. Unter der Bergarbeiterschaft herrscht große Empörung.